



SOZIALE GERECHTIGKEIT IMMER BEDEUTENDER

Albrecht Bähr über Herausforderungen durch Flüchtlinge

Die Bibel ist eine einzige Fluchtgeschichte. Das Erleben von Flucht und Verfolgung ist dem Christentum bekannt. Das Revolutionäre an der urchristlichen Gemeinde zeigte sich darin, dass sie den Menschen, ganz gleich aus welchem Kontext heraus sein Leben geprägt wurde, als ein gleichberechtigtes und daher zu schätzendes Gegenüber achtete. Jeder verdient es, Leben in Fülle zu erfahren, in seinem Sein gewürdigt, mit seinen Prägungen geachtet zu werden. Dieses Bekenntnis zum Menschen ist ein Grund, weshalb das Christentum sich weltweit verbreitete. Das führt zum Gedanken des Schutzes der Würde des Menschen, der Einzug in unser Grundgesetz gefunden hat. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Grundgesetz, Artikel 1, 1–2).

Das ist die Grundlage unseres Handelns in Staat, Gesellschaft und Kirche, wenn wir uns der zurzeit größten Herausforderung in unserem Land und Europa stellen, nämlich der Flüchtlingsfrage. Ob Politiker, Medien oder auch viele Kirchenmitglieder – unsere Gesellschaft bewertet die Situation nur unter Krisenzeichen und spricht schnell von einer Flüchtlingskrise. Dabei ist jedoch Vorsicht geboten, denn die Situation bietet auch Chancen.

Ich kann mich nicht erinnern, wann wir so viele junge Menschen erleben konnten, die sich in Solidarität zu den Flüchtlingen bis an ihre Grenzen engagieren. Sie sehen das als ihren politischen Beitrag zu der



Diakoniepfarrer Albrecht Bähr. (Foto: pv)

Debatte. Sie mischen sich auf ihre Art in die Diskussion ein und zeigen, dass die Politikverdrossenheit zumindest bei dieser Thematik nicht für sie gilt. Sie kennen die Zusammenhänge von Flucht, Terror, Umweltzerstörung und Klimawandel besser als viele andere und sehen, dass die westliche Welt eine Mitverantwortung an den globalen Krisen trägt. Es lohnt sich, auf diese jungen Bürger zu bauen, die sich bewusst auch bei uns in den Kirchengemeinden engagieren. Daher müssen wir sie ernst nehmen und ihnen mit viel Respekt begegnen. Mit ihrem Tun sind sie ganz nahe am Evangelium.

Auch andere Chancen ergeben sich. Neben den aktuellen Herausforderungen, was die Unterbringung und Versorgung der zu uns kommenden Menschen betrifft, müssen wir auch perspektivisch denken und handeln. Die meisten der jetzt einreisenden Menschen werden bei uns bleiben. Deshalb darf die Perspektive nicht auf das Thema Flüchtlinge beschränkt bleiben; die Diskussionen

und die Konzepte müssen breiter aufgestellt werden.

Wir haben die Chance, das Thema Teilhabe von Menschen, denen es aus verschiedenen Gründen wirtschaftlich nicht gut geht, neu zu diskutieren. Es geht dabei nicht nur um die neu angekommenen Flüchtlinge, sondern auch um Langzeitarbeitslose und Menschen, die hier bei uns schon immer wohnen und nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Alle müssen unterstützt werden. Das bedeutet: Wir brauchen kein spezielles Wohnprogramm für Flüchtlinge, sondern einen ernst zu nehmenden sozialen Wohnungsbau für alle. Diese Diskussion hätten wir vor dem großen Zugang von Flüchtlingen nicht führen können. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit hat an Bedeutung gewonnen. Wir werden darauf achten, dass sie nicht wieder an Fahrt verliert.

Auch für die Kommunen entstehen in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz neue Möglichkeiten: Der Ausbau von Kindertagesstättenplätzen und Ganztagschulplätzen ermöglicht mancher vor der Schließung stehenden Einrichtung eine neue Perspektive. Statt sinkende Zahlen kommen Kinder und mit ihnen Zukunftshoffnungen. Daher muss in den Ausbau und Erhalt von Bildungseinrichtungen investiert werden. Wir brauchen Angebote für alle, die in den Schulen zunächst einen gesonderten Förderbedarf haben, damit die Integration aller, sowohl der hier lebenden als auch der zugezogenen Menschen, gelingt.

Wir werden auch die Regeldienste der Beratung benötigen. Schon heute sind die Schuldnerberatung, die Schwangerenkonfliktberatung und Familienberatung von Flüchtlingen stark besucht. Für Kirche und Diakonie ist das eine Herausforderung.

IN DIESER AUSGABE:

Priorität für Lebensschutz

Ernst Bloch macht Heimat philosophiefähig

Sündenböcke unserer Zeit

ung. Unser Beitrag liegt zumindest im Erhalt der Stellen. Das soziale Netz muss ausgebaut werden – davon profitieren alle. Dass wir es uns leisten können, steht außer Frage. Ob wir es uns leisten können, diese Investitionen nicht zu tätigen, das ist die eigentliche Frage.

Allerdings müssen die Kommunen dazu finanziell angemessen ausgestattet sein. Neben den 607 Euro des Bundes sollte daher das Land seine bisherigen Leistungen für die Kommunen nicht streichen. Das würde dazu beitragen, dass die Botschaften der Kommunen in Bezug auf Flüchtlinge nicht immer problem- und mangelorientiert sind.

Bei allem muss uns aber deutlich sein: Es kommen keine Objekte zu uns, auch keine Lückenfüller für unseren demografischen Wandel. Es kommen Menschen mit ihren Geschichten, mit ihren Ängsten, ihren Nöten und Ressourcen. Sie werden bei uns leben. Wir sollten von Anfang an mit ihnen zusammen daran arbeiten, dass die Integration gelingen kann. Das kostet Kraft und benötigt Geld. Das Engagement der Kommunen und Kirchengemeinden vor Ort ist das Samenkorn für all diese Prozesse, da dort die zusammenkommenden Menschen keine „undefinierbare Masse“ sind, sondern Menschen mit einem Namen, Bedürfnissen und Qualitäten. Auf sie bauen wir in Kirche und Diakonie.

➤ Albrecht Bähr ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz und Landespfarrer für Diakonie der Evangelischen Kirche der Pfalz. Zusammen mit dem Diakonischen Werk lädt die Akademie am 26. November zu einem Forum „Herausforderung Flüchtlingsaufnahme – Zwischenbilanz Rheinland-Pfalz“ nach Landau ein.

EDITORIAL

Wenn den Bedenkträgern die Argumente ausgehen, werden die anderen als „Gutmenschen“ diffamiert. Dieser Kampfbegriff, der es 2011 fast zum Unwort des Jahres gebracht hätte, geistert immer noch durch die Debatten, auch in seriösen Medien. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise erlebt er wieder eine kleine Zwischenkonjunktur. Im gleichen Aufwasch wird dann häufig die „political correctness“ der Gutmenschen an den Pranger gestellt. Gut und korrekt also, aber irgendwie doch nicht in Ordnung: verkrampt, ideologisch verbohrt, kurzsichtig, naiv, selbstgerecht, moralisierend und inkompetent – das sind die Assoziationen, die erzeugt werden sollen.

Wie viele Menschen sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren, lässt sich nur schätzen. Einschlägige Organisationen gehen jedoch davon aus, dass die Zahl der Freiwilligen in den letzten Jahren um 70 Prozent gestiegen ist. Beobachten lässt sich das mit dem bloßen Auge – auch ohne Statistik. Allerorten werden Willkommensfeste gefeiert, Sprachkurse organisiert, Behördengänge begleitet und nachbarschaftliche Netzwerke geknüpft. Oft sind es ganz elementare Dinge: den einen oder anderen mit zum Sport nehmen. Den Keller des Gemeindehauses leerräumen, um Platz für eine Fahrradwerkstatt zu schaffen. Sich dazu durchringen, die Einliegerwohnung zu vermieten, die nicht mehr wirklich gebraucht wird, seit die Tochter ausgezogen ist. Kristallisationspunkte solchen Engagements sind häufig Kirchengemeinden, aber auch Bürgerkomitees oder einzelne Aktivistinnen oder Aktivisten.



Akademiedirektor Christoph Picker.

Was gut gemeint ist, kann auch gehörig danebengehen. Vor allem, wenn vor lauter Überschwang gar nicht richtig hingeschaut wird, was Flüchtlingen wirklich nützt. Oder was die eigenen Möglichkeiten übersteigt. Ein Argument gegen die Gutmenschen ist das noch lange nicht. Wer sich emotional berühren lässt und den Mut findet, anzupacken, der verdient Respekt. Dass Gutmenschen übrigens durchaus bereit sind, ihr Engagement kritisch zu durchdenken und politische Konsequenzen in den Blick zu nehmen, kann man bei der Evangelischen Akademie erleben – zum Beispiel beim Forum „Herausforderung Flüchtlingsaufnahme – Zwischenbilanz Rheinland-Pfalz“ am 26. November 2015 und bei der Tagung „Ökonomie der Flucht“ vom 4. bis 6. März 2016.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Den Jugendpreis für engagierte Querdenker erhält dieses Jahr die crowdfinanzierte Kiron University. Sie bietet Flüchtlingen den sofortigen Beginn eines Onlinestudiums an. Kooperationsvereinbarungen mit Partneruniversitäten ermöglichen einen Übergang in klassische Studiengänge. Die Mainzer Psychologiestudentin Mona Offenberg nimmt den Preis stellvertretend entgegen. Die Verleihung findet am 25. November 2015 um 18.30 Uhr in den Räumen der IHK Pfalz in Ludwigshafen statt. Die Akademie wurde aber auch selbst ausgezeichnet. Das Konzept „Selbst gesteuerte Medienarbeit der Jungen Akademie“ überzeugte die Jury, die über die Vergabe der Mittel aus dem landeskirchlichen Innovationsfonds entschieden hat.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

PLOTIN STATT PISA

Bildung ist mehr als der Erwerb von Wissen – aber was genau? Der deutsche Bildungsbegriff hat sich in der Aufklärung und den neuhumanistischen Debatten im 18. und 19. Jahrhundert ausgeformt. Ein neues Interesse an Bildung ist zu verzeichnen, das durch die Postmoderne bestimmt ist, deren plurale Differenz nach kultureller Synthese verlangt. Von einer Krise des Subjekts ist die Rede. Das postmoderne Subjekt stellt sich dar als widersprüchliches Konstrukt von Identitätsfragmenten.

Mindestens fünf Bestimmungen sind nach Wilhelm Voßkamp wesentlich: Erstens liegt die Vorstellung eines Subjekts als einmaligem, entwicklungsfähigem Wesen zugrunde.

Zweitens verknüpft sich hiermit die Idee der Vervollkommnung des Individuums wie der menschlichen Gattung. Hieraus ergeben sich drittens gesellschaftliche Implikationen: der Gebildete übernimmt öffentliche Funktionen. Eine wichtige Rolle spielt viertens das Problem der ästhetischen Versöhnung von Individuum und Gesellschaft. Fünftens kann Wissenschaft nicht vollständig mit Bildung verrechnet werden.

Seit Pisa scheint das Ziel einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung überholt. Der Fokus liegt auf sektorieller Kompetenzbildung mittels „basaler Kulturwerkzeuge“. Der Darmstädter Erziehungswissenschaftler Horst Rumpf attestiert der Pisa-Studie eine Aufgabe der „Welt des Ausdrucks“ zugunsten der „Welt als Sache“. Diese Engführung der Bildungsdebatte hat Konsequenzen.

Plotin, ein großer Alter, setzte den Begriff Bildung mit dem Bildhauen in Beziehung: „Kehre ein zu dir selbst und sieh dich an; und wenn du siehst, dass du doch nicht schön bist, so tue wie der Bildhauer, der von einer Büste, die schön werden soll, hier etwas fortmeißelt, hier etwas ebnet, dies glättet, das klärt, bis er das schöne Antlitz der Büste vollbracht hat: So meißle auch du fort, was unnütz, und richte, was krumm ist.“ Bildung ist Gestalten an sich selbst, wobei der Selbstbildungsakt nicht beliebig vonstattengeht, sondern sich an einem inneren Bild orientiert, das herauszuarbeiten ist.

Dies deutet auf die ästhetischen Aspekte der Bildung hin. Der Begriff Ästhetik ist dem griechischen „aisthesis“ entlehnt und bedeutet sinnliche Wahrnehmung. Ästhetische Bildung bezeichnet zunächst eine Ausbildung der sinnlichen Wahrnehmungsfähigkeit, darüber hinaus einen eigenen Typus von Welterkenntnis. Ästhetische Bildung, die eine wissenschaftskomplementäre Weltbegegnung darstellt, „ist ein Modus, Welt und sich selbst im Verhältnis zur Welt und zur Weltsicht anderer zu erfahren“ (Gert Otto).

In diesem Zusammenhang hat der Berliner Philosoph Wilhelm Schmid den Begriff der Lebenskunst eingeführt; hierunter versteht er die „Möglichkeit und Anstrengung ...

das Leben auf reflektierte Weise zu führen und es nicht unbewusst einfach nur dahingehen zu lassen.“ Lebenskunst bedeutet nach Schmid die „Kunst eines bewusst geführten Lebens“, eine „fortwährende Gestaltung des Lebens und des Selbst“. Das Konzept der Lebenskunst ant-

wortet auf die Herausforderung an jeden Einzelnen, in der Vielfalt der Postmoderne seinem Leben selbst Sinn und Gestalt zu geben.

Unter Bezug auf Schmid hat der Heidelberger Pädagoge Carl-Peter Buschkühle das Konzept der „Künstlerischen Bildung“ entworfen, das unter der Voraussetzung, dass jeder Mensch ein Künstler ist, dazu aufruft, das eigene Leben und die Umwelt „künstlerisch zu gestalten“. Der „zentrale Bildungswert“ besteht darin, das Individuum mit entsprechenden Angeboten darin zu unterstützen, sich in der komplexen Gegenwartsgesellschaft zu verorten, indem die „Fähigkeiten zu differenzierten Wahrnehmungsleistungen, zu selbstständigen Bedeutungserzeugungen und zu visionärem, imaginativem Denken“ geschult werden.

Das gegenwärtige Bildungssystem stellt die erforderlichen Rahmenbedingungen für ein solches Lernen nur in begrenztem Maße bereit. Außerschulische Fördermaßnahmen wie die Junge Akademie der Evangelischen Akademie der Pfalz können das schulische Angebot unterstützen, indem sie unterschiedliche Weisen der Wirklichkeitsaneignung und Weltwahrnehmung, des Umgangs mit anderen und der Persönlichkeitsentwicklung einbinden. In einer Phase, in der sich junge Menschen intensiv mit der eigenen Identität auseinandersetzen, in der sie verschiedene Daseinsformen, Lebensstile und Rollenverhalten erproben und in der sie sich selbst und ihren Ort in der Gesellschaft auswählen müssen, kommt einem solchen Bildungsangebot eine wesentliche Bedeutung zu, indem sie die jungen Menschen auf dem Weg zur Identitätskonstruktion unterstützt.

Katrin Platzer

„Künstlerische Bildung“ will das eigene Leben und die Umwelt künstlerisch gestalten.

Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben die Entscheidung als „Zeichen für den Lebensschutz“ begrüßt. Aus protestantischer Sicht hat das Gesetz aber durchaus auch seine Tücken. Denn in der reformatorischen Tradition haben individuelle Freiheiten und persönliche Gewissensentscheidungen eine herausragende Bedeutung. Auf den Punkt gebracht hat das Dilemma die evangelische CSU-Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl: „Keiner meiner Wähler hat mir das Recht übertragen zu entscheiden, wie er zu sterben hat.“

In der Ablehnung aktiver Sterbehilfe besteht weitgehend Einigkeit. Akzeptiert ist die Praxis der passiven Sterbehilfe und auch zur indirekten Sterbehilfe gibt es Zustimmung.

Die aktuelle Bundestagsentscheidung bezieht sich allein auf den assistierten Suizid. Dabei stellt der Sterbehelfer dem todkranken oder sterbenden Patienten auf dessen Wunsch hin eine tödliche Substanz zur Verfügung, die dieser dann selbst einnimmt. Nach diesem Prinzip arbeiten die Schweizer Sterbehilfeorganisationen Dignitas und Exit. Hiergegen gibt es ernst zu nehmende Bedenken: Schadet ein Kulturwandel, der den Selbstmord zur gesellschaftlich akzeptierten Option werden lässt? Entsteht sozialer Druck auf Alte und Kranke, frühzeitig aus dem Leben zu scheiden? Droht eine Ökonomisierung des Sterbens? Abzuwägen war das gegen das Selbstbestimmungsrecht und die Gewissensentscheidung des Einzelnen, der seinem Leben ein Ende setzen möchte. Der Bundestag hat in seiner vorsichtigen Entscheidung dem Lebensschutz prioritäre Bedeutung zuerkannt. Wie ist das aus der Perspektive theologischer Ethik zu beurteilen?

1. Nach christlicher Überzeugung ist das Leben kostbar. Es ist ein Teil der Schöpfung Gottes. Das gilt auch für die Sterbephase, die oft einen ganz eigenen Wert hat. Häufig erfolgt dann noch einmal eine vertiefte Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie: Dankbarkeit, Buße und Versöhnung können hier ihren lebensgeschichtlichen Ort haben. Die Sterbephase ist verbunden mit Angst und Ohnmacht. Sie birgt aber auch die Chance intensiver Erfahrungen menschlicher Nähe. Deshalb spricht vieles dagegen, den Sterbeprozess abzukürzen.

2. Das menschliche Leben ist ambivalent. Freiheit und Angewiesenheit, Wirkmächtigkeit und Ohnmacht, Glück und Schmerz gehören durchgängig zusammen. Kulturen, die allein Autonomie, Gesundheit und Leistungsfähigkeit zum Maßstab gelingenden Lebens machen, werden der Grundverfasstheit des Menschen nicht gerecht.



Bessere Antwort als der assistierte Selbstmord: Begleitung eines Sterbenden im Hospiz.

(Foto: epd)

BEIHILFE ZUM SUIZID? Sterbehilfe aus der Sicht theologischer Ethik

Sollen Ärzte – oder andere Personen – Todkranken bei der Selbsttötung helfen dürfen? Der Deutsche Bundestag hat entschieden: Eine „geschäftsmäßige“, also auf Wiederholung angelegte „Förderung der Selbsttötung“, soll künftig unter Strafe stehen. Das gilt auch dann, wenn mit der Handlung keine Gewinnabsichten verbunden sind. Von der Strafandrohung ausgenommen werden „Angehörige oder andere dem Suizidwilligen nahestehende Personen, die sich lediglich als nicht geschäftsmäßig handelnde Teilnehmer an der Tat beteiligen“.

3. Im Blick auf die Grenzen der menschlichen Autonomie sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Wir sind geprägt durch unser kulturelles Umfeld und durch das moralische Grundgefüge der Gesellschaft, in der wir leben. Wir sind abhängig von unseren Stimmungen. Und wir können die Folgen irreversibler Handlungen nur bedingt abschätzen.

4. Der Ökonomisierungsdruck im Gesundheitswesen ist schon jetzt eine schwere Hypothek. Die Gefahr, dass Sterbehilfe zum Geschäft oder gar zum gesellschaftlichen Sparmodell wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Jede rechtliche Regelung, die Sterbende unter Druck setzen könnte, ihrem Leben ein Ende zu setzen, gefährdet die Menschenwürde.

5. Der Wunsch zu sterben ist nicht in jedem Fall ein Ausdruck von Autonomie. Er kann auch schlicht die Kehrseite der Angst sein: Angst vor Schmerzen, Angst vor medizinischer Unter- oder Überversorgung, Angst vor Einsamkeit, Angst, anderen zur Last zu fallen. Darauf gibt es bessere Antworten als den assistierten Suizid: gute Palliativversorgung, gute Pflege, hospizliche Begleitung, familiäre, freundschaftliche und nachbarschaftliche Solidarität – sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die das alles möglich machen.

Dem letzten Punkt hat der Bundestag Rechnung getragen, indem er unmittelbar vor der Entscheidung zum assistierten Suizid ein Hospiz- und Palliativgesetz verabschiedet hat. Viele Experten halten die Beschlüsse noch für unzureichend, aber sie weisen in die richtige Richtung. Wir brauchen eher weniger Geld für Hightechmedizin und pharmazeutische Industrie. Und wir brauchen mehr Ressourcen für Pflege und Begleitung. Dringend erforderlich ist eine Intensivierung der Medizinethik in der Aus- und Fortbildung, damit Ärzte und Pflegekräfte in diesem Bereich nicht mehr allein auf ihre Intuition oder ihre gegebenenfalls freiwillig erarbeitete Kompetenz angewiesen sind. Eine besondere Herausforderung ist angesichts der medizinischen Professionalisierung der Palliativversorgung die konsequente Einbindung der freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger aus der Hospizbewegung. Ihr Beitrag ist unverzichtbar für ein humanes Sterben.

Reicht das? Erübrigt eine gute palliativ-hospizliche Sorge die Frage nach dem assistierten Suizid? Selbst wenn in diesen Bereichen alles zum

Besten steht, wird es Fälle geben, in denen Todkranke ihrem Leben ein Ende setzen wollen, weil sie fürchten, die Lasten nicht tragen zu können – vielleicht sogar im Glauben, dass sie ihr irdisches Leben vertrauensvoll in die Hand Gottes zurücklegen dürfen. Manche werden dafür Hilfe in Anspruch nehmen wollen. Infrage kommen dabei in erster Linie die behandelnden Ärztinnen und Ärzte.

Diesen sollte im Einzelfall die Beihilfe zum Suizid erlaubt sein – ohne dass sie sich dem Risiko einer Strafverfolgung aussetzen. Das neue Gesetz schließt das nicht prinzipiell

aus. Viel wird davon abhängen, wie es ausgelegt und angewendet wird. Auch im Blick auf das ärztliche Standesrecht, das Betäubungsmittelgesetz oder den Straftatbestand der unterlassenen Hilfeleistung besteht Klärungsbedarf. Denn im Extremfall sollten Todkranke die Freiheit haben, ihrem Leben ein Ende zu setzen – ohne auf einsame, heimliche, riskante oder für Dritte extrem belastende Formen des Suizids zurückgreifen zu müssen. Und sie sollten dafür Hilfe in Anspruch nehmen können.

Das neue Gesetz schließt Beihilfe zum Suizid nicht prinzipiell aus

Christoph Picker

SÜNDENBÖCKE UNSERER ZEIT

Gheorghe Petru über die Konstruktion des Zigeuner-Begriffs

Betrachtet man die öffentlichen Debatten der letzten Jahre, drängt sich der Gedanke auf, dass Sinti und Roma die Sündenböcke unserer Zeit sind. Diese von außen zugeschriebene „Sündenbock-Funktion“ wird von Bürgerrechtsaktivisten häufig angeprangert und kritisiert. Als Folge der Bürgerrechtsarbeit wurde der Genozid an den Sinti und Roma durch den Nationalsozialismus 1982 völkerrechtlich anerkannt und die Minderheit als eine nationale deutsche Minderheit 1997 gesetzlich verankert. Diese Meilensteine sind wichtige formale Voraussetzungen für eine echte gesellschaftliche Teilhabe.

Durch die nachhaltige Arbeit der Bürgerrechtsbewegung ist in der deutschen Gesellschaft ein Bewusstsein für die Minderheit und ihre jahrhundertealte Verwurzelung in den europäischen Ländern entstanden. Eine realistische Einschätzung der Lage der Minderheit gelingt jedoch nur, wenn man den politischen, historischen, sozio-kulturellen und räumlichen Kontext mit einbezieht. Pauschalen Aussagen ist grundsätzlich mit Skepsis zu begegnen. Trotz unübersehbaren politischen Erfolgen ist festzustellen: Die öffentlichen Debatten und deren Kommentierung in den Medien offenbaren leider noch immer ein negatives Meinungsbild.

Viele Menschen glauben, es gehe bei terminologischen Fragen um vermeintliche politische Korrektheit. Aber es geht um viel mehr: Der Fremdbezeichnung „Zigeuner“ wird vom überwiegenden Teil der Minderheit als diskriminierend abgelehnt; dies gilt auch für alle davon abgeleiteten Wortbildungen vom „Zigeunerschnitzel“ bis zur „Zigeunersoße“. Es fehlt noch immer ein Bewusstsein für einen reflektierten Umgang mit dem Begriff „Zigeuner“.

Nach Auffassung des „Sinti und Roma Forums“ in Hannover ist gerade eine konsequente gesellschaftliche Ächtung dieses Begriffs unbedingt notwendig. Der Verein stieß im August 2013 eine Debatte an, indem er Lebensmittelhersteller aufforderte, auf die Verwendung des Begriffs „Zigeunersoße“ in ihren Produktbeschreibungen zu verzichten. Dabei ging es den Betroffenen in erster Linie um eine Sensibilisierung des alltäglichen Sprachgebrauchs. Die mediale Berichterstattung zu dieser Debatte lässt jedoch darauf schließen, dass es wenig Bereitschaft zu geben scheint, den „Zigeuner“-Begriff kritisch zu hinterfragen. Die „Welt“ zum Beispiel bagatellierte den Vorstoß der Aktivisten und erweckte den Anschein, es ginge darum, „Zigeuner“ durch „Sinti und Roma“ zu ersetzen. Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Silvio Peritore, for-



Rede zur Eröffnung des zentralen Mahnmals für die ermordeten Sinti und Roma: Zentralratsvorsitzender Romani Rose. (Foto: epd)

mulierte die Haltung des Zentralrat in einem Interview in Spiegel Online wie folgt: „Wir sind keine Wortpolizei und wollen auch keine dogmatische Sprachregelung. Ich betrachte das Thema relativ gelassen: Das Forum für ‚Sinti und Roma‘ hat ja ein Recht darauf, empört zu sein und seine Meinung zu äußern. Uns geht es aber um etwas anderes – nämlich um einen kritischen und reflektierten Sprachgebrauch. Gerade die Medien haben da eine besondere Verantwortung. Das Thema sollte man nicht ins Lächerliche ziehen.“

Das Hinterfragen des „Zigeuner-Begriffs“ dient seiner Auffassung nach vielmehr dazu, ein kritisches Bewusstsein zu schaffen, für die feindliche und stark ausgrenzende Wirkung, die mit dieser Bezeichnung untrennbar verbunden ist. Die Verwendung des Begriffs ist in historischen Kontexten nicht vermeidbar, bedarf aber eines reflektierten Umgangs.

Den Konstruktions- und Projektionscharakter des „Zigeuner-Begriffs“ freizulegen, hat sich die sogenannte „Antiziganismusforschung“ zur Aufgabe gemacht. Sie deutet diese Erscheinung als mehrheitsgesellschaftliches Phänomen und versucht dieses analytisch zu fassen und theo-

retisch zu erklären. Die Grundthese dabei ist, dass es sich bei „Zigeunern“ nicht um reale Personen handelt, sondern vielmehr um mehrheitsgesellschaftliche Vorstellungen, Bilder oder Konstruktionen, die als Gegenbilder zum bürgerlichen Selbstbild fungieren. Die „Antiziganismusforschung“ untersucht also die gesellschaftlichen Funktionen und Mechanismen der „Zigeuner“-Stereotype. Bei diesem Ansatz geht es gerade nicht darum, Zuschreibungen zu widerlegen, sondern vielmehr darum, die gesellschaftlichen Motivationen, die Ängste und Sehnsüchte zu hinterfragen, die hinter solchen Zerrbildern stehen. Für die Betroffenen, die unter dem „Zigeuner-Begriff“ subsummiert werden, ist dieses Stigma gleichbedeutend mit Ausgrenzung und Diskriminierung. Bei diesem „Gegenbild“ handelt es sich um eines der wirkungsmächtigsten Feindbilder unserer Zeit.

Wie am Beispiel der „Welt“ schon deutlich wurde, wird im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs diese Problematik oftmals reduziert auf einen bloßen Austausch der Begriffe, nach der Formel „Zigeuner ist gleich Sinti und Roma“. Warum ist die Gleichung falsch? „Zigeuner“ ist eine Fremdzuschreibung, die der Minderheit über Jahrhunderte hinweg übergestülpt wurde und die nicht auflösbar mit Abwertung und Ausschluss verbunden ist. Die Selbstbezeichnung Sinti und Roma

hingegen ist ein Symbol kultureller Identität. Ihre Durchsetzung im öffentlichen Diskurs war daher von Beginn an eine zentrale Forderung der Bürgerrechtsbewegung. Mit den Begriffen „Zigeuner“ und Sinti und Roma sind demnach völlig unterschiedliche inhaltliche Konzepte verbunden.

Eine weitere Schwierigkeit, die sich aus dem „Zigeuner-Begriff“ ergibt, ist, dass er Gemeinschaften homogenisiert, die keinen Bezug zueinander haben. Gruppen, die nicht den Sinti und Roma angehören, die aber ebenfalls von dem „Zigeunerstigma“ betroffen waren und sind – z.B. Jenische, Aschakli, Traveller oder Beas – teilen mit den Sinti und Roma aber dennoch die gleichen Ausgrenzungs- und Verfolgungserfahrungen. Ebenso wie Sinti- und Roma ist es auch diesen Personengruppen wichtig, als eigenständige „Volksgruppe(n)“, mit eigener Herkunftsgeschichte, Sprache und Kultur wahrgenommen und anerkannt zu werden. Im Übrigen bestehen selbst unter Sinti- und Roma-Gemeinschaften beachtliche kulturelle und sprachliche Unterschiede.

Die gegen den Terminus „Zigeuner“ ins Feld geführten Einwände betreffen jedoch zum Teil den wissenschaftlichen Begriff „Antiziganismus“. Obwohl in kritischer Absicht gebraucht, ist dieser innerhalb der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma sehr umstritten und wird von einzelnen Aktivisten vehement abgelehnt. Der Zentralrat und das Dokumentationszentrum und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma stehen diesem Begriff ebenfalls distanziert gegenüber. Es wird eingewendet, dass sich „Antiziganismus“ auf einen imaginären „Zigan“ bezieht und damit indirekt zur Reproduktion des „Zigeuner“-Begriffs beiträgt.

Unabhängig davon, ob sich der Begriff im Weiteren etabliert, wird der Ansatz, „Antiziganismus“ als mehrheitsgesellschaftliches Phänomen zu deuten, nicht in Frage gestellt. Die Wissenschaften, die sich mit diesem Forschungsgegenstand auseinandersetzen und deren primäres Ziel es ist aufzuklären, müssen jedoch selbst hinterfragen, ob der Terminus „Antiziganismus“ als wissenschaftliche Bezeichnung für dieses spezielle gesellschaftliche Phänomen taugt. Die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma nähert sich dem Gegenstand über einen anderen Weg. Sie kämpft gegen die realen Auswirkungen dieser Ressentiments an, auf politischer, rechtlicher, sozialer und kultureller Ebene. Zu diesem Kampf gehört nicht zuletzt die Befreiung vom Stigma „Zigeuner“.

➤ Gheorghe Petru leitet das Dokumentationszentrum der Sinti und Roma in Heidelberg.

Das Hinterfragen schafft ein Bewusstsein für die ausgrenzende Wirkung des Zigeuner-Begriffs.

FREIHEIT DES DENKENS

Ulrich Sarcinelli sieht Akademie als Ort des Diskurses

Die Arbeit der Evangelischen Akademie wird unterstützt und begleitet von einem Kuratorium, dem insgesamt 18 Persönlichkeiten aus der Region angehören. Vorsitzender des von der Kirchenregierung der Evangelischen Kirche der Pfalz für die Dauer von sechs Jahren berufenen Kuratoriums ist der Landauer emeritierte Professor für Politikwissenschaft Ulrich Sarcinelli. Martin Schuck sprach mit Sarcinelli, der jetzt nach zwölf Jahren den Vorsitz im Kuratorium abgibt, über die Highlights der vergangenen Jahre und die zukünftige Rolle der Akademie.

Herr Professor Sarcinelli, wie haben Sie zur Akademie gefunden?

Im Wintersemester 1995/96 war ich von der Universität Kiel nach Landau berufen worden. Neben dem normalen Forschungs- und Lehrbetrieb übernahm ich 1998 zudem die Leitung des Frank-Loeb-Instituts. Diese besondere wissenschaftliche Einrichtung der Universität widmet sich der Politikvermittlung und internationalen Verständigung und wendet sich auch an das außeruniversitäre Publikum. Als Glücksfall erwies sich, dass ich mit Volker Hörner, dem vormaligen Direktor der Evangelischen Akademie, in Kontakt gekommen war. Im Rahmen seines Auftrags verfolgte er ganz ähnliche Anliegen. Mit unterschiedlichen Formaten entwickelten wir dann gemeinsame Veranstaltungsangebote und Projekte.

Sie waren zwölf Jahre lang Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie. Wie würden Sie den Weg der Akademie in dieser Zeit bewerten?

Mit ihren besonderen Schwerpunkten konnte sich unsere Akademie im Konzert der anderen Akademien nicht nur gut behaupten, sondern auch deutlich profilieren. Das betrifft vor allem die besondere Kompetenz in der Beschäftigung mit den brennenden Fragen der Migration, des interkulturellen und interreli-

giösen Dialogs ebenso wie den Bereich der Jugendbildungsarbeit mit Blick auf Wirtschafts- und unternehmensethische Fragen sowie die inzwischen breit aufgestellte Junge Akademie, die sich mit Fragen der Medizin- und Bioethik sowie mit der Ethik der Naturwissenschaften beschäftigt.

Welche Rolle sollte die Akademie zukünftig innerhalb der Evangelischen Kirche der Pfalz spielen?

Dass sich unsere Kirche als „Kirche der Freiheit“ versteht, ist mir besonders sympathisch. Und die Kirche tut gut daran, der Freiheit des Denkens und Glaubens, der Orientierung und Vergewisserung einen besonderen Ort zu geben; einen Ort des offenen Gesprächs über das Verhandbare und das nicht Verhandbare. Wenn es überhaupt Orte gibt, an denen das Ideal des „herrschaftsfreien Diskurses“ (Jürgen Habermas) näherungsweise gepflegt werden kann, dann gehört die Evangelische Akademie der Pfalz dazu.

Welche Rolle spielt eine Evangelische Akademie in der säkularen Gesellschaft?

Die Akademie wirkt weit in die Gesellschaft und spricht nicht zuletzt auch eher kirchenferne Milieus an. Insofern versteht sie sich als „Fenster der Kirche in die Welt“ und als „Fenster der Welt in die Kirche“.



Professor Ulrich Sarcinelli. (Foto: pv)

Ist Ihnen als Politikwissenschaftler die Akademie politisch genaug?

Nun ist die Akademie kein sozialwissenschaftliches Seminar. Insofern kommt es darauf an, dass in der Auseinandersetzung mit politischen Fragen immer auch deutlich wird, was die theologischen und geistlichen Fundamente sind, auf denen auch die Akademiearbeit in evangelischer Trägerschaft beruht.

Haben Sie einen guten Rat, den Sie den Verantwortlichen für die Akademie mit auf den Weg geben wollen?

Ich hatte über zwölf Jahre zusammen mit dem Kuratorium die

Chance, den erfolgreichen Weg der Akademie ein wenig mitzugestalten. Mit guten Ratschlägen sollte man sich am Ende einer Amtszeit zurückhalten. Wenn ich gefragt und gebraucht werde, stehe ich gerne mit Rat und Tat zur Verfügung.

Welche Highlights gab es in Ihrer Zeit als Kuratoriumsvorsitzender?

Schon früh konnten die Akademie und das Frank-Loeb-Institut gemeinsam eine Veranstaltungsreihe etablieren. Inzwischen ist auch die Stadt beteiligt an den „Landauer Akademiegesprächen“, die zu einer Marke geworden sind und jeweils im Winterhalbjahr viermal stattfinden.

Insgesamt bewährt sich die Kooperation zwischen der Akademie und den Universitäten in der Region. Das gilt vor allem für die besondere Verbindung mit dem Frank-Loeb-Institut und der Politikwissenschaft an der Universität Landau. Gerne denke ich zurück an die intensive Zusammenarbeit im Rahmen eines von der Volkswagenstiftung finanzierten Drittmittelprojekts zu Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligung in der Gesundheitspolitik, mit dem ein Mitarbeiter promoviert wurde.

Sehr dankbar sind wir für die langjährige Zusammenarbeit mit dem Life-Science-Lab am Deutschen Krebsforschungszentrum der Universität Heidelberg sowie für die Kooperation mit der Universität Kaiserslautern im Zusammenhang mit der Jugendbildungsarbeit der Akademie in wirtschafts- und unternehmensethischen Fragen. Hier hat die Akademie erstmals eine Doktorandenstelle ausgeschrieben. Das sind Kooperationsstrukturen, die neben dem üblichen Tagungsgeschäft für das Profil der Akademie auch weiterhin besonders relevant sind. Alles in allem befindet sich die Evangelische Akademie auf einem guten Weg!



Die Evangelische Kirche der Pfalz sucht für das Kooperationsprojekt „Die Junge Akademie. Ethik auf den Punkt gebracht.“ der Evangelischen Akademie der Pfalz in Landau mit der Technischen Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl für Unternehmensrechnung und Controlling, zum 15. April 2016



einen wissenschaftlichen Mitarbeiter/eine wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Wirtschaftswissenschaften Promotionsstelle (Stellenumfang 50%, EGr 13 TVöD-VKA).

Mit der „Jungen Akademie“ bieten wir ein Programm für begabte junge Menschen zwischen 15 und 26 Jahren, die besonderes Interesse für wirtschaftswissenschaftliche, sozialwissenschaftliche und ethische Fragestellungen mitbringen. Das Programm vermittelt in Workshops, Wochenendseminaren, Summer Schools sowie in Diskussionsveranstaltungen Einblicke in ökonomische Fachkontexte und sensibilisiert für ethische, gesellschaftliche und theologische Horizonte des Wirtschaftens. Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin soll eigene Forschungen im Bereich der Unternehmensethik in das Programm einspielen und dort erproben.

Arbeitsschwerpunkte sind:

- Entwicklung eigener unternehmensethischer Konzepte.
- Entwicklung eines didaktischen Vermittlungskonzepts für die Junge Akademie.
- Mitarbeit bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen.
- Weiterentwicklung des Profils der Jungen Akademie.

Wir erwarten:

- ein exzellent abgeschlossenes Hochschulstudium mit zur Promotion qualifizierendem Abschluss in einem wirtschaftswissenschaftlichen Fach;
- Interesse an wirtschaftsethischen Fragestellungen;

- Fähigkeit zur pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen;
- Eigeninitiative, Organisations- und Kooperationsfähigkeit;
- Mitgliedschaft in einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland oder in einer Gliedkirche der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen.

Wir bieten:

- eine Promotionsmöglichkeit am Lehrstuhl für Unternehmensrechnung und Controlling der Technischen Universität Kaiserslautern;
- eine attraktive Verbindung zwischen wissenschaftlicher Forschung und praktischer Anwendung in einem motivierten und kooperativem Team.

Die Stelle ist in Teilzeit (19,5 Stunden/Woche) zu besetzen und zunächst auf zwei Jahre befristet. Die Vergütung erfolgt nach EGr 13 TVöD-VKA.

Aussagekräftige Unterlagen richten Sie bitte bis zum 5. Januar 2016 an: **Evangelische Kirche der Pfalz – Landeskirchenrat – Dezernat I, 67343 Speyer**

Auskunft erteilen Studienleiter Dr. Jan Hendrik Quandt, Telefon 06341/96890-30 und Prof. Dr. Volker Lingnau, Telefon 0631/205-3423.

AUS DEM AKADEMIEPROGRAMM

Stand November 2015

26. November 2015, 16 Uhr, Forum in Landau, Butenschoen-Haus

Herausforderung Flüchtlingsaufnahme – Zwischenbilanz Rheinland-Pfalz

Gewalttätige Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, prekäre Lebensverhältnisse und die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben in Sicherheit haben die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Monaten stark ansteigen lassen. Damit verbunden sind sozialpolitische und diakonische Herausforderungen in den Aufnahmeländern – auch in Rheinland-Pfalz. Was ist die vorläufige Bilanz in Sachen Flüchtlingsaufnahme? Darüber wollen wir reden. Mit engagierten Freiwilligen aus der Zivilgesellschaft und aus Kirchengemeinden, mit Profis aus der Flüchtlings- und Beratungsarbeit, mit Kommunalpolitikern und mit Vertretern von Sozialverbänden und Kirchen. In Kooperation mit der Diakonie Pfalz.

2. Dezember 2015, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch,
Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Kapitalismus im 21. Jahrhundert – Kapitalismus als Ideologie?

Nüchtern betrachtet bezeichnet ‚Kapitalismus‘ nichts anderes als eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln und der Steuerung von Angebot und Nachfrage durch Marktmechanismen beruht. Als politischer Kampfbegriff steht ‚Kapitalismus‘ hingegen für Gewissenlosigkeit, Ausbeutung und Raubbau an der Natur. In kirchlichen Debatten erhält das Kapital bisweilen geradezu widergöttliche Züge. Referenten: Prof. Dr. Jochen Hörisch (Seminar für deutsche Philologie an der Universität Mannheim) und Prof. em. Dr. Dr. Dres. h.c. Michael Welker (Seniorprofessor für Systematische Theologie an der Universität Heidelberg)

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut und der Stadt Landau.

5. Dezember 2015, Studentag in Heidelberg,
Deutsches Krebsforschungszentrum

Aus Konflikten lernen – Krisenmanagement für Einsteiger

Erfolgreiches Krisenmanagement setzt die Fähigkeit voraus, aus Konflikten zu lernen. In jeder Form von Zusammenarbeit bilden sich Rollen und Formen der Arbeitsteilung aus. Das gilt umso mehr in komplexen Arbeitsvorhaben. Je anspruchsvoller die Probleme sind, die es zu lösen gilt, desto produktiver sind dabei kooperative Führungsstile. Für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 26 Jahren.

15. und 16. Januar 2016, Tagung in Bad Kreuznach,
Evangelische Familienferien- und Bildungsstätte Ebernburg

Bayern und Pfalz, Gott erhalt's –

200 Jahre bayerische Besitzergreifung der linksrheinischen Pfalz

Vor 200 Jahren veröffentlichte der bayerische König Maximilian Joseph das ‚Besitzergreifungspatent‘ für die ‚bayerische Rheinpfalz‘. Damit war nicht nur das Ende des französischen Intermezzos besiegelt, sondern auch der Untergang der alten Kurpfalz und anderer selbstständiger Territorien ‚auf dem Ueberrheine‘. Für ein Jahrhundert wurde die Pfalz bayerisch – mit erheblichen Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Kultur.

In Kooperation mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte und dem Institut für pfälzische Geschichte.

26. Januar 2016, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch,
Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Kapitalismus im 21. Jahrhundert – Kapitalismus und Globalisierung

Die 85 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel Vermögen wie 3,5 Milliarden Menschen zusammen, so die Nichtregierungsorganisation Oxfam vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2014. In der Tat sind die Unterschiede zwischen Menschen in Ländern der Dritten Welt und der reichen Ersten Welt enorm. Inwieweit lassen sich diese Unterschiede auf das kapitalistische Wirtschaften und entfesselte Finanzmärkte zurückführen? Referenten: Prof. Dr. Heiner Flassbeck (Staatssekretär a.D. im Bundesministerium der Finanzen) und Dr. Gerhard F. Braun (Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz)

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut und der Stadt Landau.

17. Februar 2016, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch,
Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Kapitalismus im 21. Jahrhundert – Alternativen zum Kapitalismus?

Mit dem Scheitern der planwirtschaftlichen Systeme in Osteuropa schien Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft endgültig den Sieg davongetragen zu haben. Ist der Kapitalismus damit alternativlos geworden? Die Krisenerfahrungen des 21. Jahrhunderts – Umweltzerstörung, Ungleichheit, Ressourcenkonflikte, Finanz- und Schuldenkrisen – nötigen zu kritischen Fragen.

Referenten: Dr. Dr. Giacomo Corneo (Professor für Öffentliche Finanzen an der Freien Universität Berlin) und Prof. Götz W. Werner

(Gründer und Aufsichtsratsmitglied der dm-drogerie markt GmbH)

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut und der Stadt Landau.

4. bis 6. März 2016, Tagung in Bad Dürkheim, Martin-Butzer-Haus

Wirtschaftsflüchtlinge? – Zur Ökonomie von Flucht

Was sind die ökologischen, sozialen und ökonomischen Ursachen der aktuellen Flüchtlingsbewegung? Was bedeutet dies für die Herkunftsländer – und was für die Aufnahmeländer? Welche wirtschaftlichen Konsequenzen ergeben sich für die Gesellschaft?

Diese Fragen werden wir – gemeinsam mit Experten aus Kirche, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – in einem intergenerationellen Workshop nachgehen

Ein gemeinsamer Workshop der Evangelischen Akademie der Pfalz und der Jungen Akademie.

14. und 15. April 2016, Tagung in Klingenstein, Keysermühle

Südwestdeutsche Medientage Landau 2016 –

Medien in der Glaubwürdigkeitskrise:

Der Aufstand der Nutzer

Wenn nicht alles täuscht, stecken die Medien in einer echten Glaubwürdigkeitskrise. Was sind die Ursachen? Welche Fehlentwicklungen der Medienlandschaft gibt es? Und wie lässt sich verlorene Glaubwürdigkeit wiedergewinnen?

In Zusammenarbeit mit dem SWR 2, dem SR 2 und dem Institut für Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau.

e-mail: info@capfalz.de > www.capfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname Name

e-mail Beruf

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel. privat Tel. dienstlich